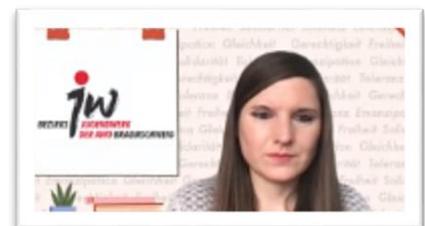


## „Jung und engagiert: Welche Politik braucht junges Ehrenamt in Niedersachsen?“

02. Mai 2022, 18.00 – 20.00 Uhr

Ehrenamtliches Engagement ist in unserer Gesellschaft unverzichtbar und viele Menschen engagieren sich schon in jungen Jahren ehrenamtlich. Sie fordern jedoch mehr Wertschätzung und bessere Rahmenbedingungen in den Bereichen Bürokratie, Finanzierung und Versicherung. Der niedersächsische Landtag beschäftigte sich zuletzt in der Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern“ damit, wie das Ehrenamt in Niedersachsen strukturell gefördert werden kann.

Um die Forderungen junger Ehrenamtlicher in Niedersachsen zu besprechen, luden das Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung und das Bezirksjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt Braunschweig e.V. zur Veranstaltung „Jung und engagiert: Welche Politik braucht junges Ehrenamt in Niedersachsen?“ ein. Begrüßt wurden das Podium und die Multiplikator\_innen im Publikum von **Alina Finke**, Referentin im Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung, und **Sarah Mick**, Geschäftsstellenleiterin des Bezirksjugendwerks der AWO Braunschweig e.V. Alina Finke betonte die Verbindung von Jugend, Ehrenamt und Politik und machte darauf aufmerksam, dass die sogenannte Enquetekommission Ehrenamt die Anliegen junger ehrenamtlich tätiger Personen besonders in den Blick nahm.



**Sarah Mick**

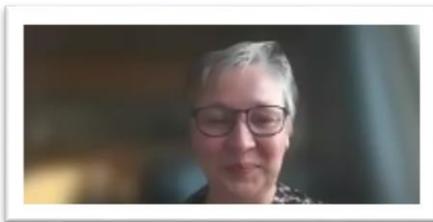


**Falk Hensel**

**Falk Hensel**, Verbandssekretär beim AWO Bezirksverband Braunschweig e.V., Vorsitzender der Freiwilligenagentur Jugend-Sozial-Sport-e.V. und Mitglied der Enquetekommission Ehrenamt, erwähnte in einem Impulsvortrag zunächst, dass die Bedürfnisse und Forderungen Ehrenamtlicher sich stetig verändern. Die Handlungsempfehlungen der Kommission, welche auf den Ergebnissen einer Online-Befragung zum Ehrenamtlichen

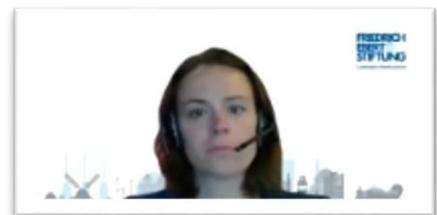
Engagement in Niedersachsen basieren, beinhalteten vor allem Entbürokratisierung und Verfahrensvereinfachung, eine stärkere Unterstützung auch für projektgebundenes Engagement, die Festsetzung von Freiwilligenarbeit als systematischer Gemeinschaftsaufgabe und die Etablierung einer zentralen Koordinierungsstelle. Eine höhere Wertschätzung der Ehrenamtlichen solle durch mehr Rabatte und Angebote, durch die Ehrenamtskarte sowie durch kostengünstige beziehungsweise kostenlose Fahrkarten für den öffentlichen Personennahverkehr in ganz Niedersachsen gewährleistet werden. Hier sei Hessen als Vorreiter anzusehen. Zudem sei eine Würdigung ehrenamtlicher Tätigkeiten durch Vermerke auf Schulzeugnissen oder Credit Points in der Universität wünschenswert. Ein dringender Handlungsbedarf bestehe, so Hensel, in der gezielten Unterstützung unterrepräsentierter Gruppen wie Menschen mit Beeinträchtigung und Migrant\_innen im Ehrenamtssektor.

Nach der Vorstellung aller Referent\_innen durch die Moderatorin **Lea Karrasch** betonte **Iris Bothe**, Stadträtin für Jugend, Bildung und Integration in der Stadt Wolfsburg, vor dem Hintergrund des ausgeprägten Klimabewusstseins der



**Iris Bothe**

Jugendlichen das Potenzial von Vergünstigungen für Ehrenamtliche im ÖPNV. Zudem wünschte sie sich einen stärkeren Austausch zwischen politischen Entscheidungsträger\_innen auf kommunaler sowie auf Landesebene.



**Lea Karrasch**

**Celia Hotopp** und **Merlin Kreissel**, die beide einen Bundesfreiwilligendienst im Bezirksjugendwerk der AWO Braunschweig absolvieren, äußerten die Forderungen nach kostengünstigen, niederschwellig vermittelbaren Räumlichkeiten für Ehrenamtliche und einer einheitlichen, angebrachten Würdigung ehrenamtlicher Tätigkeiten. Beide betonten die Wichtigkeit von



**Celia Hotopp**

Chancengleichheit für Jugendliche im Ehrenamtssektor. Sie fürchteten finanzielle

Kürzungen für Freiwilligendienste auf Bundesebene und appellierten an die anwesenden Politiker\_innen, sich dagegen stark zu machen.



**Merlin Kreissel**

**Philipp Raulfs**, Abgeordneter im Niedersächsischen Landtag (SPD), betonte die Dringlichkeit einheitlicher Standards für Ehrenamtliche trotz kommunaler Unterschiede und Herausforderungen. Gerade junge Ehrenamtliche, die nicht immer selbstständig mobil seien, hätten in ländlichen Regionen weniger Chancen auf ehrenamtliches Engagement als in Städten. Zudem seien die Vernetzung verschiedener Einrichtungen und Bildungsinstitutionen sowie eine umfangreiche finanzielle Unterstützung für den Jugend- und Ehrenamtssektor nötige Handlungsschritte seitens der Landespolitik. Raulfs appellierte zudem an Jugendliche, sich mehr politisch zu engagieren um aktiv mitzubestimmen.



**Philipp Raulfs**



**Jens Risse**

Der Vertreter des Landjugendrings in der Enquetekommission Ehrenamt, **Jens Risse**, plädierte für eine Anpassung und Entbürokratisierung des Jugendförderungsgesetz sowie für einen besseren Ausbau des ÖPNV, um regionale Unterschiede auszugleichen. Zudem betonte er rechtliche Hürden für Jugendverbände. Bei Verordnungen und Richtlinien müsse seiner Meinung nach ein obligatorischer „Jugend-Check“ durchgeführt werden, um die Rechte, Bedürfnisse und Bedarfe von Kindern und Jugendlichen miteinzubeziehen.

Alle Referent\_innen waren sich einig, das ehrenamtliche Engagement von jungen Menschen müsse mehr gewürdigt und gefördert werden. Die Entbürokratisierung und Verfahrensvereinfachung sowie eine bessere Unterstützung der Ehrenamtlichen wurden dabei als zentrale Forderungen herausgestellt.